

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 30. Juni 2009, Uster

Traktandum 2 – Rede des Parteipräsidenten

SP Kanton Zürich: Handeln in der Krise

Liebe Genossinnen und Genossen

Der grosse britische Philosoph Bertrand Russell hat vor fast 50 Jahren einmal selbstironisch über seine Zunft gesagt: «Philosophie ist, wenn eine Gruppe von Menschen um Mitternacht in einem dunklen Kohlekeller ohne Licht nach einer schwarzen Katze suchen, die nicht da ist.» Dieser Satz kommt mir immer in den Sinn, wenn ich an die bürgerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Schweiz und im Kanton Zürich denke – vielleicht mit dem kleinen Unterschied, dass nämlich diejenigen, welche da um Mitternacht die schwarze Katze im Kohlekeller suchen, dies auch noch mit verbundenen Augen und einem Brett vor dem Kopf tun.

Vor etwas mehr als zwölf Monaten, als sich die schwarzen Wolken am wirtschaftlichen Horizont zusammen zu ziehen begannen, reichte die SP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat ein Postulat mit dem Titel «Folgen der Finanzmarktkrise für den Kanton Zürich» ein. Sie forderte darin Szenarien und das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten des Kantons im Umgang mit der kommenden Wirtschaftskrise. Sie biss mit diesem Anliegen auf Granit: Die bürgerliche Mehrheit in der Regierung wollte sich die Arbeit sparen und ging in ihrer Antwort der Einfachheit halber von einer zwar abgeschwächten, aber weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung aus. Die bürgerlichen Fraktionen wiederum stellten die Gefahr einer Krise schlicht in Abrede. Das Nachdenken über mögliche Massnahmen wurde vom Sprecher der FDP als «typische sozialistische Vollkasko-Mentalität» abgetan.

Nun zwölf Monate später ist klar: Die Krise ist da! Und sie schlägt voll auf die Realwirtschaft und den Werkplatz durch. Aktuell verlieren in der Schweiz täglich etwa 200 Menschen ihren Arbeitsplatz, es fehlen Tausende von Lehrstellen und Praktikumsplätze für junge Erwachsene. Die Zahlen bezüglich der Arbeitslosigkeit werden laufend nach oben angehoben, die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung ständig nach unten korrigiert. Es steht zur befürchten, dass die Schweiz und der Kanton Zürich vor einer längeren Rezession stehen, als bislang angenommen wurde.

Man könnte nun eigentlich denken, dass angesichts dieser Entwicklung auch auf bürgerlicher Seite ein Umdenken stattfindet. Doch Fehlanzeige: Als die SP kürzlich eine Sondersitzung des Kantonsrates verlangte, damit sich das Parlament noch vor der Sommerpause mit der Wirtschaftskrise befasst und jene Vorstösse und Anträge behandelt, die ansonsten irgendwo auf der Traktandenliste noch Monate vor sich hindümpeln würden, wurde dies von SVP, FDP, CVP und Grünliberalen abgelehnt. Für sie gilt weiterhin: Die eigenen Hände in den Schoss legen und darauf hoffen, dass die unsichtbare Hand des Marktes die unsichtbare schwarze Katze irgendwie von selber im Kohlekeller finden wird.

Dieses Nichthandeln-wollen, liebe Genossinnen und Genossen, zeugt nicht nur von einer immensen Ratslosigkeit sondern mehr noch vom Unwillen, sich mit den Sorgen

und Nöten der Arbeitnehmenden auseinanderzusetzen, jener Menschen, welche die Wirtschaft am Laufen halten. Die SP gehört nicht zu diesen Parteien: Die SP Kanton Zürich hat kürzlich an einer Medienorientierung dargelegt, was zu tun ist, wie wir die negativen Auswirkungen dieser Krise im Kanton Zürich lindern, wie wir die Krise bekämpfen und gestärkt aus ihr hervorgehen können.

Wir müssen die Konjunktur stützen, Investitionen vorziehen und die Kaufkraft stärken. Mit einer Motion verlangen wir beispielsweise, dass die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude umgehend und umfassend an die Hand genommen und in kürzester Zeit umgesetzt wird. Wir verlangen, dass der Rahmenkredit für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien erhöht wird. Und wir verlangen, dass baureife Projekte, insbesondere jene im Bildungsbereich, vorgezogen und realisiert werden. Wir verlangen, dass der Regierungsrat wie von der Finanzdirektorin in Aussicht gestellt die kalte Progression bereits auf 2010 ausgleicht, und wir sorgen mit unserem konstruktiven Referendum dafür, dass eine steuerliche Entlastung dort ansetzt, wo sie notwendig ist: Bei den Familien und dem Mittelstand und nicht bei den Superreichen, die sich auch in der Krise noch fast alles leisten können.

Wir müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Krise verbessern. Hier ist vor allem ZKB gefordert: Sie darf sich nicht wie andere Banken aus der Verantwortung für unsere Volkswirtschaft stellen. Sie muss die Kreditversorgung für KMUs sicherstellen, so dass möglichst viele Unternehmen überleben und möglichst viele Arbeitsplätze gesichert werden können. Die SP Kanton Zürich wird überall wo sie kann, über ihre Mitglieder im Bankrat, in der zuständigen parlamentarischen Aufsichtskommission und wo nötig über parlamentarische Vorstösse unsere Bank, die Bank des Zürcher Volkes, auf dieses Ziel einschwören.

Wir müssen die von der Krise unmittelbar betroffenen Menschen unterstützen. Es ist ein Hohn, dass das Seco von Bundesrätin Doris Leuthard vor kurzem über eine Kürzung der Arbeitslosenversicherung nachgedacht hat. Einen Arbeitslosen mit dem eigenen Bundesratslohn zu unterhalten ist schön und gut, ein Politik, die Tausenden von Arbeitslosen helfen würde, wäre noch besser! Der Kanton Zürich muss bei der Unterstützung von der Krise unmittelbar betroffener Menschen den Spielraum, der ihm die Gesetzgebung des Bundes gibt, voll ausschöpfen. Weiter brauchen wir eine möglichst schnelle Umsetzung des vom Volk gutgeheissenen Berufsbildungsfonds, brauchen wir Investitionen in Aus- und Weiterbildungsprogramme.

Und schliesslich brauchen eine längerfristige und aktive Neuausrichtung der Wirtschaft im Kanton Zürich. Heute hängt ein substantieller Teil der Arbeitsplätze und des Steueraufkommens vom Finanzplatz Zürich ab. Ein solches Klumpenrisiko können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten! Wir müssen gezielt andere, innovative Wirtschaftsbereiche stärken und dabei namentlich den wirtschaftlichen und den ökologischen Umbau der Gesellschaft miteinander verbinden.

Die rot-grün regierte Stadt Zürich macht dabei in vielen Bereichen vor, wie das gemacht werden muss. Beispielsweise im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus, wo Zürich mit einem Anteil von 25 Prozent absolute Pionierin ist. Der gemeinnützige Wohnungsbau birgt ein grosses Innovations- und Verdichtungspotential im Vergleich zu andere Wohnformen. Dieses Modell muss auch in der Agglomeration Einzug halten.

Oder nehmen wir die Versorgung mit umweltschonender Energie und Technologie. Auch hier ist die rot-grüne Stadt zwei Schritte weiter als der bürgerliche Kanton. Im November stimmten die Stimmberechtigten mit einer Dreiviertel-Mehrheit der Zielsetzung einer 2'000 Watt-Gesellschaft zu. Und diesen September folgt die Abstimmung über einen 180

Millionen-Kredit für den Bau umweltschonender Heiz- und Kühlanlagen und ich habe keinerlei Zweifel, dass auch diese Abstimmung positiv ausgehen wird.

Was in der rot-grünen Stadt Zürich geht, muss auch im bürgerlichen Kanton Zürich möglich sein, liebe Genossinnen und Genossen! Zur Zeit arbeiten Kommissionen der Kantonalpartei in beiden Bereichen an Ideen. Diese wollen wir nicht nur auf kantonaler Ebene einbringen, sondern auch den Sektionen Ideen und Instrumente für ihren Wahlkampf auf Gemeindeebene in die Hand geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir konnten im letzten Vierteljahr im Kanton Zürich mit unserer Politik und unseren Ideen einige Erfolge erzielen. Es ist uns innert kürzester Zeit gelungen, die notwendigen Unterschriften für unser konstruktives Referendum gegen die Steuergesetzrevision zu sammeln und einzureichen. Die vielen Gespräche, die ich auf der Strasse geführt habe, haben mir gezeigt, dass unser Anliegen verstanden und als richtig empfunden wird. Wir haben, davon bin ich überzeugt, grosse Chancen, diese Abstimmung gewinnen zu können und so nicht nur einem grossen Beitrag zu einem gerechteren Steuersystem, sondern dank der Stärkung der Kaufkraft auch einen kleinen Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu leisten.

In der Stadt Zürich ist es der SP dank einer hervorragenden Kandidatin und einem engagierten Wahlkampf gelungen, das Stadtpräsidium in sozialdemokratischen Reihen zu behalten. Dies ist nicht nur als politisches Signal wichtig, sondern auch deshalb, weil die Stadt Zürich in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht sehr oft in diesem Kanton den Takt vorgibt. Diesen Taktstock in sozialdemokratischer Hand zu behalten, ist gerade in der Wirtschaftskrise unverzichtbar.

Dass es uns gelungen ist, die Unterschriften für unser konstruktives Referendum so schnell und ohne grosse Probleme zu sammeln, der Umstand, dass es uns gelungen ist, das Stadtpräsidium in der Stadt Zürich mehr als deutlich zu verteidigen, die Tatsache, dass wir wichtige Abstimmungen in diesem Kanton gewinnen konnten, zeigt für mich, dass der Boden dafür, dass wir die Menschen mit unseren Argumenten, unseren Ideen und unseren Konzepten erreichen und überzeugen können, vorhanden ist.

Es liegt an uns, diese Chance zu nutzen. Deshalb ist es wichtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass Ihr mit Euren Sektionen einen offensiven Gemeindewahlkampf führt. Wir müssen im ganzen Kanton präsent sein, wir müssen im ganzen Kanton den Anspruch stellen, Politik aktiv mitgestalten zu wollen. Wir werden Euch seitens der Kantonalpartei dabei unterstützen, wie und wo wir auch immer können.

Es liegt an uns, liebe Genossinnen und Genossen, in den kommenden Wochen und Monaten mit unserer Arbeit, mit unserem Einsatz, in Gremien, auf der Strasse, in Abstimmungs- und Wahlkämpfen zu zeigen, dass die SP die politische Kraft der Zukunft ist. Es liegt an uns zu beweisen, dass nur eine Partei, die in ihrem Programm Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik miteinander vereinigt, erfolgreich eine Krise wie die jetzige bekämpfen kann, dass nur eine starke SP Garant für eine Politik mit Zukunft ist. Wir haben die Ideen, wir haben die Köpfe und wir haben den Willen. Nutzen wir diese Chance!

Herzlichen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.